

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Hertelshel, 30. — M. monatl. 10. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10. — M. einjährl.
Zustellungsgebühr. Unter Preisband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 20. — M. für
das übrige Ausland 25. — M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark,
Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Brot und Fett“, der Unter-
haltungsbeilage „Schmuck“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Anzeigenzeile
kostet 2.50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.50 M. (zu-
wählig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
schließen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 4. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leistungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Druckerei-Bureau des Vorwärts, Unter-
den Eichen 2, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 30. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Aufruf der Gewerkschaften.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Seit Monaten reißt — täglich kühner — die Reaktion ihre Haupt. Da die politische Zerrissenheit und die dadurch entstandenen politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hinderten, die notwendige Sicherung für den Bestand der demokratischen Republik also fehlte, glaubten die Reaktionäre, ihre Zeit sei gekommen.

Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand mahnwürdiger Beschimpfungen und schwerster Angriffe. Veranstaltungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Bedrohungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil der nationalistischen Presse peitscht verdeckt und offen zum politischen Mord auf.

Diesen hochverräterischen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen Organe der Justiz eine auffallende und ausgesprochene partielle Milde. Symptomatisch für die innere politische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt die an Gareis und Erzberger.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richteten am 29. August an den Reichskanzler die mündliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Nationalisten nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutze der Republik zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichskanzlers, der rücksichtslose Befehligung der eingetretenen Mißstände be-

stimmt versprochen und die Mitwirkung der organisierten Arbeitnehmer lebhaft begrüßt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Mit dem geschilderten Schritt eurer Vertreter kann es nicht sein Bewenden haben. Auch die kraftstärkste Leistung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederhalten können, als sie unterstützt wird, von der

überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung

des Reiches. Scharf euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, vergeßt, was euch sonst trennen mag, laßt allen Brudersiß und vereint euch mit allen, die guten Willens sind, die Widersacher der Republik zurückzudrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Bloß des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Erfreulicherweise haben sich die Vertretungen der politischen Organisationen der arbeitenden Klasse, die Parteileitungen der SPD. und der USPD, zu gemeinsamer Abwehr zusammengedungen. An unsere Mitglieder richten wir die Aufforderung, sich an den Protestaktionen, zu denen diese aufrufen, vollzählig zu beteiligen.

Es gilt die Sicherstellung der Existenz der Republik!

Der Vorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
P. Graßmann.

Die Demonstration im Lustgarten.

Warnung vor radaulustigen Elementen.

Berlin, 30. August. (MIZ.) Der Polizeipräsident hat an den Gewerkschaftsbund, den Gewerkschaftsrat, die USPD, und die SPD. folgendes Schreiben gerichtet:

„In den heutigen Morgenblättern rufen Sie zu einer Massendemonstration am Mittwoch, den 31. August d. J., nachmittags 4 1/2 Uhr, nach dem Lustgarten auf. Wie mir mitgeteilt worden ist, wollen Sie durch Ihre Ordner den Ausmarsch so organisieren, daß Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Verkehr der Bannmeile verhindert werden. Erschwerungsgemäß erachtet ein Teil Ihrer Ordner jedoch keine Aufgaben mit der Hinführung der Demonstrationsteilnehmer nach dem Versammlungsort für erledigt. Da Sie mit einer Teilnahme von Hunderttausenden rechnen, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die Zusammenballung derartiger Massen im Stadtkern für die Beteiligten sowohl als auch für die öffentliche Ordnung eine schwere Gefahr bedeutet, wenn nicht nach Beendigung der Demonstration die Teilnehmer durch Ordner unter Vermeidung der Bannmeile in ihre Wohnbezirke zurückgeführt werden.“

Diese Notwendigkeit ergibt sich ferner aus der auch Ihnen wohlbekannten Tatsache, daß bei allen Massensammlungen sich radaulustige Elemente einfinden, denen von vornherein einem ordnungsmäßigen Verlauf der Veranstaltung nichts gelegen ist und deren ordnungswidrige Treiben zu verhindern ebenfalls eine Aufgabe Ihrer Ordner sein muß. Sollten Sie hierzu nicht in der Lage sein, so bitte ich Sie, mir dies bis Mittwoch, den 31. August, vormittags 10 Uhr, mitzuteilen, damit ich meinerseits die erforderlichen Maßnahmen treffen kann.“

Wie wir hierzu erfahren, hat der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei alle Anordnungen getroffen, um den Anforderungen des Polizeipräsidenten Rechnung zu tragen. Das gleiche ist von den Gewerkschaften und der Leitung der USPD zu erwarten. Die Teilnehmer an der Demonstration werden aber auch jeder einzelne dafür sorgen helfen, daß die Veranstaltung nicht durch „radaulustige Elemente“, in welchem Gewande sie auch auftreten mögen, gestört wird.

Der Verbrecher auf Urlaub.

Die Tatsache, daß der ehemalige Fahnenjunker und spätere Student Otmig v. Hirschfeld, der wegen seines Attentats auf Erzberger zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt war, dann aber vom Staatsanwalt auf vier Monate beurlaubt worden ist, stellt sich als ein neuer Skandal dar. Alle Welt fragt sich, wie es möglich sein konnte, daß man den sonatistischen Burschen vor Ablauf seiner gelinden Strafe auf Urlaub schicken konnte.

Heute weiß eine Berliner Korrespondenz Einzelheiten darüber zu melden. Nachdem nämlich wiederholt Gnadengesuche abgelehnt worden sind, hatten die Eltern Hirschfelds ein ärztliches Gutachten eingereicht, daß der Verurteilte durch zwei Verletzungen im Kriege, einen Prellschuß an den Kopf, so schweren Schaden an seiner Gesundheit genommen habe, daß von einer weiteren Haft neue Gesundheitsstörungen zu befürchten seien. Der Gefängnisarzt untersuchte Hirschfeld und schloß sich gutachtlich den Feststellungen des Privatarztes an, inwiefern er erklärte, Hirschfeld habe durch die Gefängnishaft körperlich gelitten. Ende Februar wurde O. v.

Hirschfeld deshalb auf vier Monate beurlaubt und verließ, nachdem er noch an der Silberhochzeit seiner Eltern teilgenommen hatte, Berlin, um sich bei Verwandten auf dem Lande zu erholen. Er ist, wie wir hören, inzwischen auf mehreren märkischen Gütern gesehen worden. Im August war der Urlaub des Verurteilten abgelaufen, doch stellte er sich den Behörden nicht, sondern ließ durch einen Privatarzt erneut ein Gutachten einreichen, in dem ihm bescheinigt wurde, daß sein Gesundheitszustand sich noch nicht gebessert habe, und daß eine Verlängerung des Urlaubs erforderlich sei. Der Generalstaatsanwalt verfügte dagegen, daß Hirschfeld durch einen Gerichtsarzt sofort darauf zu untersuchen sei, ob er den zweiten Teil der Strafe antreten könne.

Ganz gleichgültig, ob die Verdachtsgründe gegen Hirschfeld in bezug auf den Mord sich bestätigen oder nicht, bleibt es eine unglaubliche Tatsache, daß der schon ohnehin so gelinde behandelte Attentäter vor Ablauf seiner Strafe auf freien Fuß gesetzt werden konnte. Die Fälle, in denen sonst schwer franten Sträflingen Urlaub bewilligt wurde, sind außerordentlich selten. Einem politischen Mordtäter aber diesen Urlaub zu bewilligen, ohne daß eine Lebensgefahr vorlag, erscheint direkt als eine Begünstigung, die nicht scharf genug zu verurteilen ist.

Auf der Suche nach den Mördern.

Freudenstadt, 30. August. (MIZ.) Dem Amtsgericht Freudenstadt hat sich am Freitag abend ein Schwarzwälder Tourist gestellt, mit dem die mutmaßlichen Mörder zwei Tage lang zusammen in Liebenzell weilten. Er beschreibt sie als zwei „Herren mit norddeutschem Dialekt“, die mit ihm kleinere Touren im Liebenzell machten und deren Hauptgesprächsthema die Person Erzbergers und dessen angebliche politische Schädlichkeit war. Von einer Absicht, Erzberger durch Mord zu befreien, sprachen die Herren nicht. Die Angaben über die Persönlichkeit der Täter sind so genau und klar, daß sie der Behörde eine zuverlässige Grundlage für die weiteren Ermittlungen geben werden.

Verhaftungen in Berlin.

Berlin, 30. August. (MIZ.) In der Nordische Erzberger hat die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidenten wegen Verdachts der Täterschaft zwei junge Leute L. und B. festgenommen. Nach der bestimmten Bekundung einer Zeugin soll B. am Sonnabend nach der Tat in einem Berliner Kino sichtlich zusammengeschreckt sein, als durch die Presse die irrtümliche Nachricht von der Festnahme der Mörder Erzbergers bekanntgegeben wurde. Auf die Frage, ob B. denn die Mörder kenne, habe dieser seinen Freund als einen der Schuldigen genannt. Nach dem sofort vorgenommenen polizeilichen Ermittlungen war L. in der für die Ausföhrung der Tat in Betracht kommenden Zeit, nämlich vom 19. bis 23. d. M., von Berlin abwesend, auch B. weilte vom 25. bis 27. August fern von Berlin.

Beide Personen haben einen Alibibeweis angetreten, der zurzeit der Nachprüfung unterliegt. Das Neuzere der beiden Festgenommenen trifft im allgemeinen auf die bekanntgegebene Personalbeschreibung der Griesbacher Täter zu. Bemerkenswert ist, daß der Festgenommene nach eigener Angabe in Berlin einen politischen Nachrichtendienst für die Organisation „Oberland“ unterhält, deren Zentrale sich noch jetzt in Breslau befinden soll. Bis zur Revolution gehörten L. und B. der Kadettenanstalt in Sichterfeld an, und zwar zuletzt als Führer.

Die Unschuldslämmer.

Wer am heutigen Morgen die Blätter der Rechten zur Hand nahm, der konnte ohne besondere Mühe die Wirkung der neuen Regierungsverordnung feststellen. Die großmäuligen Herrschaften sind auf einmal, wie es in ihrem Jargon heißt, „ganz klein und häßlich“ geworden, und zwar um so kleiner, je großmäuliger sie vorher geläutet haben. Die „Deutsche Zeitung“, die vor wenigen Tagen noch die wüsten Schimpfergüsse des „Niesbacher Anzeigers“ voll Entzücken nachdruckte, hat plötzlich beschloffen, überhaupt nichts mehr zu sagen. Sie schreibt:

Da wir nicht die Absicht haben, den Organen der Regierung den gewünschten Anlaß zum gewaltsamen Einschreiten gegen die „Deutsche Zeitung“ zu geben, werden wir bis zu einer festumgrenzten Auslegung des „Berächtlich“ auf jede kritische Behandlung der Regierungsmaßnahmen verzichten und bitten unsere Leser, sich selbst ihre Meinung zu bilden.

Dieser Heldennut ist uns nicht neu. Hat doch das gleiche Organ am 10. November 1918, am Tage nach der Revolution, geschrieben:

Die Verhältnisse zwingen uns, bis auf weiteres jede eigene Stellungnahme zu unterlassen und uns zu beschränken, das einzige Nachrichtenmaterial wiederzugeben.

Was freilich die „Deutsche Zeitung“ nicht verhindert hat, am 15. Oktober 1919 dem deutschen Volk im Tone strafender Verachtung vorzuhalten, es verdiene seinen jetzigen erbärmlichen Zustand, weil es ihm (dem deutschen Volk, nicht etwa der „Deutschen Zeitung“) an Zivilcourage fehle! Jetzt wimmert die „Deutsche Zeitung“ und schwört wie ein zusammengebrochener Gauner auf der Untertafel:

Kein irgendwie verständiger Mensch auf Seiten der nationalen Rechten, am allerwenigsten aber die Rechtsparteien und die nationale Presse haben daran gedacht, die republikanische Staatsform gewaltsam zu beseitigen.

Seht die Erzheuchler! Sie haben nie daran gedacht! Auch die biedere „Deutsche Zeitung“ niemals, die sich wohl gar nicht mehr erinnert, wie sie mehrfach wegen offener Aufforderung zum Umsturz verboten wurde. Sie hat ganz vergessen, wie sie während der Unterzeichnungskriege von Versailles im Jahre 1919 den Grenzschutz Ost und General Hoffmann aufzuheben suchte, nach Berlin zu ziehen und die Regierung zu stürzen (Hoffmann war klug genug, die Rolle abzulehnen, die Lüttich später gespielt hat). Damals schrieb das Blatt, das „niemals“ an gewaltsamen Umsturz gedacht hat, unter der Ueberschrift „Der Worte sind genug gewechselt“ höhnend folgendes:

Es wird ja zu keinem Bürgerkrieg und zu keinem Blutvergießen kommen, denn es wird sich niemand finden, der dem Grenzschutz Ost bei seinem Zug auf Berlin Widerstand leisten wird.

Und in dem gleichen Zusammenhang bekannte die „Deutsche Zeitung“ offen:

Uns trennte eine Welt von den Männern der Regierung Scheidemann. Wir haben nie den Ehrgeiz gehabt, diese Männer befehlen zu wollen, sondern wir hatten stets nur den Ehrgeiz, diese Leute zu stürzen; und diesen Ehrgeiz haben wir immer noch.

Die „Deutsche Zeitung“, die stets den gewaltsamen Umsturz verurteilt hat, schrieb beim Tode des Kapp-Rebellen v. Kessel:

Wenn Schlesien sich länger hielt (nämlich in den Händen der Kapp-Rebellen. Red. d. „D.“) als die anderen Provinzen, so war das ihm zu danken.

Die „Deutsche Zeitung“ war überhaupt immer ein feines und anständiges Blatt, auch wenn sie gelegentlich der Abstimmung über das Londoner Ultimatum schrieb:

221 Reichstagsabgeordnete haben in der Nacht auf Mittwoch ihre Stimmen für das jüdische Geschäft und gegen die deutsche Ehre abgegeben.

Seht, das alles und tausend andere gleiche Dinge, die hier nur wegen Raumangels unerwähnt bleiben müssen, hat man plötzlich vergessen, man ist plötzlich zur verfolgten Unschuld geworden, man lamentiert wie der ertrappte Schulbube: Herr Lehrer, ich war es wirklich nicht, ich sehe doch ganz wo anders hin... — Wir führen das in einiger Breite nur aus, um zu zeigen, wie rasch und leicht diese übermühtige Gesellschaft klein zu bekommen ist, wenn sie nur eine energische Faust spürt. Das ganze Hurrahschreigesindel ist charakteristisch bis ins tiefste Mark. Sobald es mit seinen Demonstrationen und Provokationen auch nur das geringste persönlich riskiert, kriecht es ins tiefste Krauseloch.

Das gilt nicht etwa nur von der „Deutschen Zeitung“. Natürlich beteuert auch die „Kreuzzeitung“, die wohl bald wieder ihren Spruch „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ wie am 9. November 1918 vom Kopf des Blattes herunternehmen wird:

Zu einer gewaltsamen Beseitigung der republikanischen Verfassung ist in der „Kreuzzeitung“ niemals aufgefordert worden. Aber es ist selbstverständlich von dem Recht der Kritik Gebrauch gemacht worden.

Und heute früh, als das im Druck erschien, haben wir den erst wenige Wochen alten Schrei der „Kreuzzeitung“ nach dem General abdrucken können, der, wie weiland Napoleon den Französischen Konvent, jetzt den Deutschen Reichstag auseinanderjagen sollte. — Die „Tägliche Rundschau“ beteuert:

Die rechtsprechende ernst zu nehmende Presse einschließlich des Führers der Deutschnationalen haben den politischen Mord aufschärfte verdammt.

Sie beschämt sich damit, daß sie selber nicht ernst zu nehmen ist. Wie hieß denn das Blatt, das nach dem ersten Attentat auf Erzberger höhnisch vom „Lugerkunden aber nicht Lugelfesten Erzberger“ schrieb, das sich darüber lustig machte, daß Erzberger zwei Kriminalakademie zu seiner persönlichen Bedeutung im Gerichtssaal hatte? — Es war — die „Tägliche Rundschau“. Und gehört etwa die „Pommersche Tagespost“, das führende offizielle Organ der Deutschnationalen Pommerns, nicht zu der „ernst zu nehmenden“ deutschnationalen Presse, daselbe Organ, das jetzt nach der Ermordung Erzbergers geschrieben hat:

Der erste Gedanke bei Erhalt dieser Kunde mag wohl in weitaus meisten Kreisen ein gewisses Gefühl der Befreiung auslösen. . . .

Jetzt erinndet die „Tägliche Rundschau“ plötzlich, daß die Kontrollerversammlung im Stadion

eine Veranstaltung rein privater Natur war, der ganz zu Unrecht eine politische Bedeutung beigelegt worden ist.

Wenn die Generale Ludendorff, v. d. Golz und Waldersee Brandreden gegen die Republik und die Regierung halten, dann wird dem „ganz zu Unrecht“ politische Bedeutung beigelegt! So sehr hat noch kein sozialdemokratisches Blatt diese rechtsbolschewistischen Generale zu politischen Hanswürstern gesteempelt, wie jetzt die „Tägliche Rundschau“. Wir erlauben uns aber nach wie vor, diese Herrschaften doch für etwas ernster und gefährlicher anzusehen. — Der „Miesbacher Anzeiger“ ist nach der jetzigen Deutung der „Täglichen Rundschau“ nur ein „Witzblatt“, das man sich in seinen Ruhestunden zur Ablenkung von politischen Sorgen zu Gemüte führt. Auf einmal! Und noch vor wenigen Tagen hat die Berliner deutschnationale Presse seine tolligen Anwürfe mit Behagen abgedruckt.

So wird jetzt all und jedes von der Rechtspresse verleugnet, was sie noch vor drei Tagen mit grinsendem Behagen und höhnischer Aufgeblasenheit produziert hat. Betrue, der seinen Herrn dreimal in einer Nacht verleugnet, ist ein Waise nabe gegen diese charakterlose Gesellschaft. Der General Brangel mit seinen kaltschnäuzigen „id dementierte mir“ wird zum Schutzheligen erhoben.

Freige und charakterlos. Das ist das deutsche Bild. Möge die Regierung daraus ersehen, daß man auf demselben Wege, wenn man nur will, auch einer deutschnationalen Beamtenfronde Herr werden kann.

Ludendorff und Erzberger.

Rom, 30. August. (U.) Der „Corriere de Italia“ bringt den Mord an Erzberger mit folgenden Gerüchten in Zusammenhang: Vor einiger Zeit sei ein Dr. Borchardt zwischen Erzberger und Ludendorff hin- und hergereist. Im Anschluß an diese Reisen haben die Angriffe gegen Erzberger in den deutschen Rechtsblättern an Schärfe verloren, und zwar weil Dr. Borchardt Ludendorff hat wissen lassen, Erzberger besäße Dokumente, die Ludendorffs Teilnahme an der Kapitalflucht aus Deutschland bewiesen.

Was wird in Preußen?

Magdeburg, 30. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern Abend sprach der ehemalige Ministerpräsident Genosse Otto Braun in einer überfüllten Versammlung vor Tausenden über die Teuerung und die letzten politischen Ereignisse. Der Redner, dem stürmischer Beifall gesollt wurde, führte aus, daß die militärischen und kapitalistischen Ruinierer des Krieges das deutsche Volk wieder

Wohltätigkeit.

Von Karl Rütge.

Die Familie des alten Invaliden Schmidhuber lebte in bitterster Not, und es war für die Hausbewohner eine heilige Pflicht, der neu eingezogenen armen Familie zu helfen. Das geschah durch Ueberlassung von Resten aus Küche und Keller. Ras ein oder zwei Teiler Suppe, auch ein Stück Fleisch und was sonst abfiel. Wie weitesterten in ehrlicher Gesehenswürdigkeit — bis eines Tages erst der erste, dann der zweite und schließlich der dritte und vierte Stod innestieß mit Unterstützung der armen Familie im Hinterhaus. Nachden münderten sich und verurteilten die so rasch erloschene Begeisterung. Die ganze Straße wußte bald davon und begann nun ihrerseits einen edlen Wettstreit, den armen Leuten im Hinterhaus der Nummer 98 zu helfen. Da kam eines Tages bestürzt eine alte Dame von den Schmidhubers zurück und verbreitete das Gerücht: die angebliche so arme Familie sei gar nicht so mittellos, denn sie öfen nicht alles, sondern wiesen Dinge zurück, die sie erst am Tage zuvor von anderer Seite empfangen hätten. . . . Und nun kam es auch heraus, daß das auch der Grund war, warum die Mitbewohner des Hauses Nummer 98 ihre Hilfsbereitschaft eingestellt hatten. — Das kam aber nicht heraus, daß es sich diese Male um verdorbenes Essen gehandelt hatte und daß die Frau Schmidhuber nur die Bemertung hatte fallen lassen, daß sie wohl arme Leute seien, aber darum noch lange nicht alles, also auch verdorbene Speisen essen könnten, und die Herrschaften, die ihnen so dankenswert helfen, möchten doch lieber nicht so viel, aber nur wirklich Genießbares bringen. . . .

Am Zugange vom Stadtpark sah vom frühen Morgen bis in die finstere Nacht hinein ein armer Krüppel, der für's Vaterland seine beiden Beine eingebüßt hatte. Er sah Sonntag und Montag an nähnlichen Fleck und schaute zu den vorübergehenden gesunden Mitmenschen auf, nicht erfreut und dankend, wenn ihm Geldstücke oder Raigeldscheine zugeworfen wurden, und schaute betrübt und böse drein, wenn sie ihm nichts gaben. Es war aber immerhin nach flüchtiger Schätzung ein erkleckliches Sümmdchen, das der arme Krüppel Tag um Tag einstreichen konnte. Selbst wenn im Durchschnitt nur 20 Pfennig gegeben wurden, machte das bei nur 150 Gebern von den tausenden Vorübergehenden 30 M. den Tag. Damit konnte man immerhin anspruchslos leben. Da stand eines Tages irgendwo zu lesen, daß ein Bettler gestorben sei, der durch sein einträgliches Geschäft das Vermögen von 20 000 M. geparkt hatte. — Das nahm dem Stadtbekanntesten hilflosen Manne am Eingange zum Stadtpark den Verdienst. Hatte er ehemals doch an die 10 und auch 11 M. beisammengeshobt — an Sonntagen etwas mehr,

unter ihre Botmäßigkeit zwingen. Republik und Demokratie erschaffen und das alte fluchbeladene monarchistische System wieder aufrichten wollten. Lebensmittelmacher, Steuerabotage und Mordelmsord seien ihre Kampfmittel. Dem müsse eine geschlossene Front der Arbeiter und aller republikanisch gesinnten Kreise entgegengestellt werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten sei zu begrüßen, doch wäre zu befürchten, daß sie gegen die Rechtsbolschewisten nicht Anwendung finden würde, wenn in Reichswehr, Verwaltung und Justiz, wo die schlimmsten Feinde der Republik lägen, nicht Remedur geschaffen würde. Es könne der Zustand nicht länger andauern, daß im Reiche der Zentrumsmann Birih mit den Sozialdemokraten gegen die Mörderparteien und in Preußen der Zentrumsmann Stegerwald mit den Mörderparteien gegen die Sozialdemokratie regiere. Diese Politik der Zweideutigkeit könne die Sozialdemokratie nicht länger ertragen.

Kundgebung in Kiel.

Kiel, 30. August. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Montag Abend fand im großen Saale des Kieler Gewerkschaftshauses eine imposante Kundgebung der Kieler Arbeiter-schaft gegen den politischen Mord, die Reaktion, für Republik und Sozialismus statt. Zu vielen Tausenden war die wertvolle Bevölkerung dem Rufe der Sozialdemokratischen Partei gefolgt. Viele Hunderte mußten wegen Ueberfüllung des Saales wieder umkehren. Genosse Reichstagsabgeordneter Eggertsd. Kiel hielt scharfe Abrechnung mit der reaktionären Sippschaft. Vertreter der USP und der SPD erklärten sich bereit, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei den Kampf gegen die Mordelmsörder und ihre Hintermänner aufzunehmen. Einmütig gelobten die Versammelten dem Rufe der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, am Mittwoch für Republik und Sozialismus zu demonstrieren, Folge zu leisten und fest zusammenzustehen im Kampfe gegen die Reaktion.

Wie sie heßten!

Einer unserer Leser schreibt uns über die deutschnationale Mordhege gegen Erzberger: Wer nach der Revolution wiederholt Gelegenheit hatte, deutschnationale Versammlungen zu besuchen, wird die Erfahrung gemacht haben, daß als besonderer Schlag der deutschnationalen Redner die Person des ermordeten Abg. Erzberger war. Mit welchen Mitteln Erzberger beschimpft, verleumdet und seine Ehre besudelt wurde, bemisst folgendes Beispiel.

In einer rechtsbolschewistischen Versammlung in der Brauerei Königsplatz am 8. Januar 1920 referierte der Abgeordnete Paverranz über die Frage: „Warum Deutschnational?“ Nachdem er seinen „deutschen heiligen Jörn“ über die Juden im allgemeinen und über die Judenregierung im besonderen ausgelassen hatte, zog er mit allen Regeln der Kunst über den „Reichsverderber“ Erzberger los. Wörtlich sagte er u. a.:

„Mit dem Zentrum unter Erzbergers Führung können wir nicht zusammengehen und können es auch nicht unterstützen. Wenn Erzberger auch nicht vom Auslande bestochen ist, so zeigt seine Lässigkeit am Wiener Hofe und während des Krieges, wessen Geistes Kind Erzberger ist.“

Der letzte Satz war aber in einem solchen Tone gehalten, daß die Versammlung den Eindruck haben mußte, Erzberger war vom Auslande bestochen. Die Versammlung brüllte und tobte und es ist überflüssig, wenn ich nach bemerke, daß der selbe Mord Zwischenrufe machte, die als Aufforderung zur Ermordung Erzbergers aufgefaßt werden mußten.

Durchsichtige Stimmungsmache.

Ein in Hamburg anässiger „National-Klub von 1919“ versendet Bettelbriefe, in denen behauptet wird, daß Hindenburg in Not sei. Im Anschluß daran wird das Bürgertum zu milden Gaben aufgefordert.

Das Ganze ist natürlich eine ungeheuer verlogene Mache, die nur die Republik in schlechtes Licht setzen soll, die einen Hindenburg Hunger leiden lasse. Während des Krieges hat Hindenburg als Feldmarschall das höchste Gehalt von allen Offizieren bezogen, und

bei schlechtem Wetter dafür fast nichts — so brachte er es jetzt kaum auf bescheidene 4 und 5 M. den Tag. Binnen kurzem war er dann auch verschwunden von seinem alten Platze und niemand sah ihn wieder.

In dem Radfahrverein „Wanderer“ war der Fahrwart Heßmann während eines schweren Altes beim Ausstreifenfahren gestürzt und bald darauf verstorben. Er hinterließ Frau und Kind, für die nicht gesorgt war. Der Vorsitzende berief sogleich eine außerordentliche Versammlung ein und hielt vor den nur zu einem Viertel erschienenen Mitgliedern eine zündende Rede, in der er der Verdienste des Verunglückten gedachte und an die Wohltätigkeit der Radfahrergesellen appellierte, die es ermöglichen sollte, die Witwe vor der ärgsten Not einzuweisen zu schühen und über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen. Die ausgelegte Zeichenliste kam bis zu dem Biersten. Der schob sie zurück und sagte: Ich sehe, daß bis jetzt jeder meiner Vorgänger nur 5 M. zeichnete. Wir sind 50 Mitglieder hier. Das machte 250 Mark. Natürlich ist das zu wenig. Ich schlage vor, um der Wohltätigkeit nach oben keine Grenzen zu setzen, daß eine Sammlung in einem Hute veranstaltet wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Sammlung fand statt. — Aus dem Hute zählte man heraus: 35 Einmarkscheine, einen Fünfmarskschein, einen Zwaimarskschein, 5 Fünzigpfennigscheine, sechs Zehnpfennigscheine — zwei Hosentümpfe und ein Stückchen Zeitungspapier. . . .

Englands größte Städte. Die englische Volkszählung von 1921 hat über die Reihenfolge der Großstädte im Vereinigten Königreich einige Aufschlüsse gebracht. Birmingham steht jetzt als zweite Stadt nach London in England und Wales mit einer Bevölkerung von 919 438; es wird nur von London, Glasgow und Kalkutta innerhalb des britischen Weltreiches übertroffen. Noch vor 20 Jahren war Birmingham die vierte der englischen Städte mit nur wenig über einer halben Million Einwohner, seitdem hat es Liverpool und Manchester überflügelt. Es hat die größte Zunahme im Lande erfahren. Liverpool hat 808 118, Manchester 730 551 Einwohner. Darauf folgen Sheffield mit 490 000, Leeds mit 458 000, Bristol mit 377 000, Westham mit 300 000, Hull mit 287 000 und Bradford mit 285 000 Einwohnern.

Zweiter Volksbühnentag. In Eisenach findet am 1. und 2. Oktober der zweite Vertretertag der deutschen Volksbühnenvereine statt, einberufen von dem im letzten Jahre in Berlin begründeten Verband der deutschen Volksbühnenvereine. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Verhandlungspunkte: Die Entwicklung der Volksbühnenbewegung (Ref. Dr. E. Nestle), Volksbühnen und Weltanschauung (Ref. Karl Brüger und Rich. Seidel), Künstlerische Probleme der Volksbühne (Ref. Madelaine Lüders und Herrn. Schwein), Staat, Gemeinde und Volksbühnenbewegung (Ref. Dr. Ludwig Seelig).

die Kriegsgehälter der Offiziere waren wahrlich nicht gering. Dabei genoh er natürlich als Feldmarschall vollständig freie Verpflegung und unzählige sonstige Vergünstigungen, so daß er wohl für seine persönlichen Bedürfnisse sein Gehalt kaum anzurühren brauchte. Seine verstorbene Gattin stand obendrein im Ruhe außerordentlich sparsamkeit. Selbstverständlich bezieht auch jetzt Hindenburg eine stattliche Pension, die seinem früheren Gehalt entspricht, d. h. die höchste Pension von sämtlichen pensionierten Generälen. Es ist also ganz unerfindlich, wober eine jegliche „Notlage“ des Feldmarschalls rühren sollte. Sie existiert nur in der Phantasie derer, die künstlich einen Sturm der Sentimentalität und der Entrüstung entfachen wollen.

Gegen die nationalistischen Kundgebungen.

Teilnahmeverbot für Reichswehr und Schutzpolizei.

Wie die Korrespondenz B. S. von unterrichteter Stelle erfährt, steht voraussichtlich schon in den nächsten Tagen ein neues Verbot des Reichswehrministers und Innenministers bevor, das den Angehörigen der Reichswehr und Schutzpolizei ein für allemal jede Beteiligung an nationalistischen Feiern und Versammlungen verbietet und im Falle der Nichtbefolgung dieses Verbotes mit der sofortigen Entferrnung aus der Reichswehr bzw. Schutzpolizei droht. Auch Musikkapellen der Reichswehr ist es verboten, bei nationalistischen und einen Parteifarakter tragenden Feiern zu spielen.

Der Rat erklärt sich für zuständig.

Paris, 30. August. (WIB.) Der Genfer Sonderbericht-erhalter der Agence Havas meldet, daß als wichtiges Ereignis der gestrigen Sitzung die Tatsache festzustellen ist, daß der Völkerbundrat sich einstimmig als zuständig für die ober-schleffische Frage erklärt habe. An den beiden nächsten Tagen würde besonders die Frage der Prozedur besprochen werden. Ein Mitglied habe gestern Abend erklärt, daß seines Erachtens der Völkerbundrat wünschen werde, die Gesamtheit der Aufgabe und der Verantwortung zu übernehmen und davon abzusehen, seine Machtbefugnisse einer anderen Stelle zu übertragen. Weiter habe die betreffende Persönlichkeit gesagt, werden wir Ratgeber nötig haben. Wir werden uns ihrer bedienen wie eines zur Verfügung gestellten Nachschlagebuchs. Im übrigen werden wir selbst handeln müssen. Und wir werden uns, wie ich hoffe, des trefflichen Wortes bedienen, das Lord Robert Cecil im letzten Jahre auf der Völkerbundversammlung ausgesprochen hat: Seien wir gerecht und ohne Furcht!

Entsendung einer neutralen Untersuchungskommission?

London, 30. August. (WIB.) Reuter meldet aus Genf, man sei allerseits der Ansicht, daß eine rasche Lösung der ober-schleffischen Frage notwendig sei. Wenn der Völkerbundrat sich schließlich entscheiden sollte, eine besondere Untersuchungskommission nach Oberschlesien zu entsenden, so müsse sich diese in der Hauptsache aus neutralen Delegierten zusammensetzen, die allein in der Lage seien, an Ort und Stelle irgendwelche neuen Elemente, die erwogen werden müßten, festzustellen.

Neue Kämpfe im Burgenland.

Wien, 30. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Nacht zum Dienstag gab es wieder Zusammenstöße in den Orten Deutsch-Weslungarns und die bereits eingerückten österreichischen Gendarmen hatten wiederum mehrere Tote zu beklagen. Der sozialdemokratische Parteivorstand erläßt einen Aufruf, der zur größten Entschlossenheit gegen die Banditen Horthons mahnt und zum Schluß sagt: „Wo die Horthy-Banden uns zum Kampfe zwingen, muß jeder auf seinem Posten seine Pflicht erfüllen in dem Bewußtsein, daß die Horthy-Banden nicht nur das Burgenland, sondern unsere eigene republikanische Freiheit und damit auch die Zukunft unserer Klasse bedrohen.“

In der Umgebung des Neusiedler-Sees werden zahlreiche Bewohner, besonders junge Buryschen, nach Ungarn verschleppt.

Die höchsten Temperaturen in Deutschland. Temperaturen von mehr als 35 Grad Celsius im Schatten sind an einzelnen Tagen und einzelnen Gebieten Deutschlands vorgekommen: 1900, 1904, 1905, 1908, 1911 und 1921. Der höchste zuverlässig beobachtete Thermometerstand in Deutschland betrug bisher 38,9 Grad Celsius; er wurde am 15. August 1892 in Liegnitz und in Grünberg i. S. abgelesen; eine Temperatur von 39,8 Grad, die man am Tage zuvor in Amberg (Bayern) beobachtet haben will, kann nicht als zuverlässig gelten. Im Juli dieses Jahres wurden dagegen an mehreren Orten 40 Grad festgestellt. In Berlin, das die längste Temperaturreihe von allen deutschen Städten besitzt, wurde in 200 Jahren, seit 1719, eine Temperatur von 37 Grad Celsius nur dreimal erreicht oder überschritten, am 4. Juli 1781 (37,5), Anfang Juli 1819 (37,5) und am 22. Juli 1885 (37,0 Grad). Im allgemeinen kann man jedenfalls nur solche Temperaturen für verlässlich halten, die von den öffentlichen Beobachtungsstellen selbst (aber nicht etwa von den weitverbreiteten Wetter- und Uraniafäden) mitgeteilt werden. In keinem Falle aber verdienen die meist übertriebenen Temperaturen Glauben, die an heißen Sommertagen der Welt verkündet werden.

Ein Wohnplatz aus der Steinzeit. Wertvolle Funde sind kürzlich auf einem Felde bei Menturren im Kreise Darkehmen (Ostpreußen) gemacht worden. Man stieß beim Torfstechen etwa drei Meter tief auf eine Schicht von Baumstämmen, die vorzüglich erhalten waren. Zwischen und unter den Stämmen fanden sich Abfälle von Mahlzeiten und tierische aus Knochen gearbeitete Fischharpunen. Der Vorsitzende der Königsberger Altertums-Gesellschaft stellte fest, daß es sich hier um einen Wohnplatz der Steinzeit handelt. Aller Wahrscheinlichkeit nach befand sich an der Stelle des Torfbruchs vor grauen Zeiten ein See; darauf schwimmende Fische trugen die Hütten der steinzeitlichen Jäger und Fischer. Möglicherweise weist dieser ungemein interessante Fund auf die älteste Siedlung hin, die bisher in Ostpreußen überhaupt bekannt geworden ist. Nach den Gerüchten zu urteilen, reicht die Siedlung mehrere Jahrtausende in die vorchristliche Zeit zurück.

Die Jurystreife Kunsthau wird ihre Herbstausstellung vom 22. Oktober bis 4. Dez. im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof in Berlin abhalten. Anmeldung bis 10. Sept. Berlin W, Meraner Str. 10.

Im Vorkriegs-Museum beginnt das 11. Vorkriegsjahr Donnerstag 1/8 Uhr. Erlaube Trantwein spricht über Berliner Donnerspiele vor 100 Jahren“. Dazu Gesänge der Zeit.

Die Große Volksober tritt in der kommenden Winterzeit wieder mit eigenen Vortragsführungen hervor, als deren erste „Ridello“ auf den 16. Sept. in der Neuen Welt angelegt ist. In der Villaharmonie werden fünf Abendkonzerte unter Leitung von Walter Brucher stattfinden. Einherum leßt Oberwands in Konzertform (Marmorale 300), vier große Orchesterkonzerte mit dem Philharmonischen Orchester (Neue Welt).

Die Zukunft der Gärtner-Verbands. Auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst, die kürzlich in Bielefeld stattfand, wurde ein Antrag angenommen, die Verbandstätigkeit einer Gartenschule umzuwandeln und sie der Landwirtschaftlichen Hochschule anzugliedern. Von anderer Seite wünscht man eine Angliederung an die Lehrliche Hochschule, da die Gartenbaukunst mit der Architektur und Malerei Fühlung behalten müße.

Deutsch-italienischer Handelsvertrag.

Am Sonntag ist zwischen Deutschland, vertreten durch den Staatssekretär v. Haniel, und Italien, vertreten durch den Vizekonsul Frassati, ein vorläufiges Handelsabkommen für die Dauer von 9 Monaten vom 1. September ab „in dem Bestreben, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu regeln und zu erleichtern“, abgeschlossen worden. Artikel 1 sieht die gegenseitige Erleichterung der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligung für eine ganze Reihe von Waren, die in vier verschiedenen, dem Abkommen beigefügten Listen verzeichnet werden, vor. Deutschland wird sich dabei von dem Grundsatz der Deckung des inländischen Bedarfs leiten lassen. Artikel 2 bestimmt, daß keinerlei neue Verfügungen, Verbote oder Bestimmungen erlassen werden sollen, die dem Geist und dem Wortlaut dieses Handelsvertrages widersprechen. Artikel 3 bestimmt, daß die ein- und ausgeführten Waren von einem Ursprungszeugnis begleitet sein müssen. Artikel 4 legt die bereits oben erwähnte neunmonatige Geltungsdauer des Abkommens fest. Falls dieses nicht am 1. Juni 1922 gekündigt wird, gilt es als für weitere 9 Monate erneuert. Artikel 5 befragt, daß etwaige Meinungsverschiedenheiten über Auslegung und Durchführung des Abkommens durch eine gemischte Kommission und, falls nötig, durch einen hinzuzuziehenden Schiedsrichter, um dessen Ernennung gegebenenfalls der schweizerische Bundespräsident gebeten werden soll, entschieden werden.

Tagung der Mietseinnahmungsämter.

Der dritte Verhandlungstag wurde mit der Bekanntgabe der

Wahl der Präsidiums

eingeleitet. Danach sind gewählt: zum 1. Vorsitzenden Gewerbegerichtspräsident Held (München), zum 2. Vorsitzenden Stadtrat Brumby (Berlin) und zum 3. Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. Wiedahl (Hamburg). Die drei Herren gehören der Gruppe der Juristen an. Als Vertreter der Vermieterbesitzer wurden in den Vorstand gewählt: Stadtrat Humar (München), Schmidt (Berlin) und Baumeister Paul (Dresden), als Vertreter der Mieterbesitzer: Albrecht, Dzing und Lange, sämtlich aus Berlin. Außerdem wurde ein Rechtsauschuss gewählt, dem Beigeordneter Dr. Ruggers (Essen), Stadtrat Dr. Fiedler (Weipzig), Kreisphysikus Dr. Hauswald (Halle) und Rechtsanwalt Dr. Blume (Freiburg i. B.) angehören. Der Vorstand hat das Recht, zwei weitere Herren in den Rechtsauschuss zu wählen.

Der Verband wird eine Vertretung der drei Gruppen zusammenschließen. Die Geschäftsführung wird nach Berlin verlegt. Dort wird auch eine Rechtsabteilung errichtet.

Darauf wurde in

die Diskussion

über die drei Vorträge eingetreten, die am Sonnabend nachmittag gehalten worden sind.

Wiemer (Düsseldorf) als Vermieter forderte vollständige Gebührentrennung beim Mieteneinnahmungsamt, dagegen Forderung erhöhter Gebühren bei Inanspruchnahme des Wohnungsamtes. — Mit dieser Forderung stimmte auch der Vertreter der Vermieterbesitzer Schmidt (Berlin) überein. Rechtsanwält Bräuer (Düsseldorf) betonte, daß es sich bei der Gebührenerhöhung um eine volkswirtschaftliche Frage handle. Bei einer Gebührentrennung bestähe man mit den Kosten des Mieteneinnahmungsamtes die Lasten der Mieter und nicht die der Vermieter, und ferner die Besitzer von Eigenheimen. — Baumeister Friedrich (Halle), Vermietervertreter, trat dafür ein, daß es in der Frage der Gebührenerhöhung bei dem billigen Ermessen des Einnahmungsamtes bleiben soll.

Beschlossen wurde in dieser Frage, keinen Beschluß zu fassen, sondern die von den verschiedenen Seiten gemachten Anregungen dem Rechtsauschuss als Material zur Bearbeitung zu überweisen.

In der weiteren Debatte wurde vorgeschlagen, zur Entlastung des Einnahmungsamtes Mietstreitigkeiten von sekundärer Bedeutung Schiedsmännern der Mieter und Vermieter zur Schlichtung zu überweisen.

Zur Weißherfrage vertrat Heder (Altona) als Jurist den Standpunkt, daß bei Unmüßigkeit der Vermieter als ausgeschlossen zu betrachten ist. — Frau Wege (Berlin) wandte sich gegen eine Bemerkung des Vorsitzenden, daß die Frauen als Beisitzer beim Einnahmungsamt eigentlich ausgeschlossen könnten. Die Wohnungsfrage sei eigentlich eine Frauenfrage. Die Frauen urteilen viel objektiver und logischer, besonders als die Männer. Sommer (Dresden) forderte mehr Bewegungsfreiheit für die Vermieter, und meinte, daß auch Untermieter Beisitzer sein könnten. — Der Vorsitzende erwiderte, es könne gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Untermieter unter den Begriff Mieter fällt und deshalb auch Beisitzer sein kann. — Albrecht (Berlin) forderte eine zeitgemäße Erhöhung der Gebühren für die Vermieter, damit auch der wertvollen Bevölkerung hinreichend Gelegenheit gegeben werden kann, sich an dieser Gekochung zu beteiligen. Zweifelslos gäbe es im Wohnungswesen eine ganze Menge von Fragen, die von den Frauen besser beurteilt werden können als von Männern. Die einschlägigen Bestimmungen müßten reiflich überdacht werden. Der Schutz der Untermieter müsse einheitlich geregelt werden. Das Strafrecht des Vorsitzenden gegenüber den Besitzern könne nicht aufgehoben werden. Gegenüber schwärmenden Mietern könne es nur die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde geben.

In der Frage der großen Reparaturen vertrat Bangerberg (Berlin) als Vermietervertreter den Standpunkt, daß der Referent keine Lösung dieser Frage gezeigt habe. Niemals dürfe die Reparaturhypothek vor der ersten Hypothek rangieren. Das Geld müsse der Staat hergeben und die Hypothek dürfe im Grundbuch nur an einer Stelle eingetragen werden, wodurch der Realcredit nicht gefährdet wird.

Die weitere Debatte ließ erkennen, daß in der schwierigen Frage der großen Reparaturen die Verständigungsmaßnahmen zwischen Mietern und Hausbesitzern sehr gering sind. Sie wird aber auch nach den Rechtsauschuss des Verbandes beschickten.

Der Vorsitzende schloß darauf die Tagung mit der Feststellung, daß sie den Boden eines harmonischen und gedeihlichen Zusammenarbeitens gebildet hat.

Folgende nicht als Resolutionen angenommene Grundsätze können als leitend

Ergebnis der Beratungen

angesehen werden:

Eine Angliederung der Einnahmungsämter an die ordentlichen Gerichte oder die Abtrennung eines Teils ihres bisherigen Aufgabensbereichs unter Übertragung an andere Stellen ist nicht zu empfehlen.

Die Einnahmungsämter sind im wesentlichen unter Aufrechterhaltung ihres politischen Charakters und der Mitwirkung der gleichberechtigten Landesbesitzer entsprechend auszubauen durch allgemeine über das ganze Reich sich erstreckende Vorschriften. Insbesondere ist dabei die Unabhängigkeit der Vorsitzenden sicherzustellen.

Eine Nachprüfung der Entscheidungen im Rahmen der bisher entwickelten Sachverhalte ist zu empfehlen. Insbesondere ist ein Wiederaufnahmeverfahren gesetzlich zu regeln.

Strafmaßnahmen gegen Wohnungsmieter jeder Art auch im Beherbergungswesen sind nötig.

Groß-Berlin

Wenn man sich mal 2. Klasse leisten will.

Zuschlag gib's unterwegs nicht.

Nicht jeder, der auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen in der 2. Klasse fährt, ist ein Krösus oder ein Prop. Manche Angestellte und auch Handarbeiter benutzen auf ihren Wegen nach und von der Arbeitstätte nachgedrungen die 2. Klasse, weil sie den Anstrengungen täglicher Fahrten in der um diese Zeit stets überfüllten 3. Klasse nicht gewachsen sind. Auch bei Sonntagsausflügen hält mancher, der sonst nicht allzuviel in die 2. Klasse zu broden hat, es für ratsam, sich 2. Klasse zu leisten, damit nicht auf der Heimfahrt die ganze Erholung schon wieder zum Teufel geht. Sparame Leute entschließen sich zu dieser Mehrausgabe erst, wenn sie auf dem Bahnsteig sind und mit Schreden das Getümmel sehen, bei dem kaum auf Mitkommen zu rechnen ist.

Für die Abnung der Zuschlagkarte, die zum Uebergang in die 2. Klasse berechtigt, hat man nun einiges zu beachten, was nicht jedem bekannt ist. Daß auf Monatskarten, Schülermonatskarten, Wochenkarten, Arbeiterscheinkarten und Militärscheinkarten der Uebergang in eine höhere Wagenklasse ausgeschlossen ist, wissen wohl die meisten Benutzer solcher Karten. Nebenbei bemerkt: einen vernünftigen Grund für diese Ausschließung wird die Eisenbahnverwaltung nicht anführen können. Noch weniger wird sie dazu in der Lage sein bei der in weitesten Kreisen der Bevölkerung unbekanntem Vorchrift, daß die zur Benutzung der 2. Klasse berechtigende Zuschlagkarte nur vor Eintritt der Fahrt gelöst werden darf. Du darfst nicht aus deinem bis zur Unerreichlichkeit überfüllten Wagon der 3. Klasse unterwegs aussteigen, um erst einen Zuschlag bezahlen und dann mit dem nächsten Zug in der 2. Klasse weiterfahren. Du darfst das selbst dann nicht, wenn Du deine Fahrt bei mäßiger Zubehaltung in der 3. Klasse begonnen hast, unterwegs umsteigen mußt und die für die Weiterfahrt zu benutzenden Züge in der bekannten Art überfüllt sind. Ein Ausflüster, der an einem Sonntagabend bei der Heimfahrt von Rahnsdorf nach Wangerberg auf Stralau-Kummersburg umsteigen und für die Weiterfahrt in dem unerträglich überfüllten Ringbahnzug die 2. Klasse gegen Zuschlag benutzen wollte, wurde kurz abgewiesen: „Das gibt's nun nicht mehr“. Er bemerkt hierzu durchaus zutreffend, daß eine derartige Vorchrift doch verketten kann, auch ohne Zuschlag in die 2. Klasse überzugehen und somit zu betragen.

Die Eisenbahndirektion Berlin sollte die sinnlose Einschränkung scheinbar aufheben. Warum hält sie übrigens nicht mal für nötig, durch Anschlag auf die Vorchrift hinzuweisen? In den Bestimmungen über die Personenerbeförderung im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr steht nur, daß Zuschlagkarten vor Eintritt der Fahrt und vor Uebergang in die höhere Klasse zu lösen sind. Aus diesem Wortlaut wird kaum jemand folgern, daß es sogar beim Umsteigen keinen Zuschlag gibt.

Der Frauenmord in der Schonenstraße.

Die Wirkin der Ermordeten verhaftet.

Zu dem Mord an der Verkäuferin Emma Neumann wird mitgeteilt, daß die Ermittlungen der Kriminalpolizei schon bei der ersten Aufnahme des Leichnandes und des Befundes zu einem gewissen Verdacht gegen Frau Hoffmann selbst führten, aus deren Aussagen allein man zunächst angewiesen war. Insbesondere scheint das, was Frau Hoffmann über ihre Abwesenheit am gestrigen Vormittag sagt, nicht ganz zu stimmen, namentlich in den von ihr angegebenen Zeiten nicht. Dazu kommen Gerüchte, die im Hause umliefen. Sie gründen sich auf das gespannte Verhältnis, das in der letzten Zeit zwischen Frau Hoffmann und ihrer Mieterin bestand und gehen darauf hinaus, daß Frau Hoffmann bei dem Verbrechen irgendwie ihre Hand im Spiel gehabt haben soll. Alles das aber bedarf noch einer gründlichen Nachprüfung. Um allen Verdunkelungen vorzubeugen, nahm die Kriminalpolizei Frau Hoffmann vorläufig in Haft. Bestimmte Anhaltspunkte für ihre Teilnahme an dem Verbrechen sind jedoch noch keineswegs vorhanden. Weitere Nachforschungen und Zeugenvernehmungen werden voraussichtlich bald Klarheit bringen.

Zur Aufklärung der Verbrechen des Luftmörders Großmann wurden auch heute wieder mehrere Mädchen vernommen, die bei Großmann einige Tage sich aufgehalten hatten. Eins dieser Mädchen befand sich in Untersuchungshaft und wurde aus dieser vorgelassen. Großmann selbst ist bisher nur wegen der Ermordung der Nißche protokolllarisch vernommen worden. Da bei ihm auch Kleidungsstücke des vermißten Dienstmädchens Sosnowski gefunden wurden, so wurde er gestern abend kurz befragt, ob dieses bei ihm gewesen sei. Das gab Großmann auch ohne weiteres zu, wollte aber nicht wissen, wo das Mädchen geblieben sei.

Potsdamer Geist.

Die Art, in der der Potsdamer Geist in der Angelegenheit der kollektiven Schulleitung der Berliner Schulverwaltung gegen ausgetobt hat, ist noch in frischer Erinnerung. Die Potsdamer Regierung glaubt eben die Zeit bereits wieder gekommen, um die alten Kasernenhallen gegenüber den nachgeordneten Behörden in Anwendung bringen zu können. Eine garberuherde Rücksichtslosigkeit scheint sie auch der wirtschaftlichen Not ihrer Untergebenen entgegenzubringen. Die Klagen über jahrelange Verschleppung von Gehaltsregelungen und Gehaltsnachzahlungen reizen nicht ab. Erst unlängst wurde uns wieder berichtet, daß eine Lehrerin in einem Berliner Vorort sich seit einem vollen Jahre vergeblich um die Befreiung ihres Dienstalters und die sich daraus ergebende Gehaltsauszahlung bemüht. Das Ministerium hat in der Erkenntnis von der wirtschaftlichen Not, unter der alle Beamten heute zu leiden haben, den Regierungen „möglichste Beschleunigung“ empfohlen. Dem Vertreter eines Bezirksamts, der sich hierauf berief, antwortete der Potsdamer Regierungsdirektor wortlos: „Wir lassen uns nicht drängen, auch vom Minister nicht! Wir müssen die Angelegenheit in aller Ruhe erledigen!“

Wir haben nicht Vertrauen genug zur jetzigen Leitung des preussischen Unterrichtsministeriums, um zu hoffen, daß hier in diese reaktionären Amtsstuben einmal das Donnerwetter hinein fährt und den Geheimräten bis hinab zum Sekretär heimweht. Wir würden sonst den Herrn Minister erlauben, der Potsdamer Regierung einmal beizubringen, was „möglichste Beschleunigung“ oder besser: was „sofortige Erledigung“ heißt. Aber wenn nun endlich hoffentlich der große Krebs in der reaktionären Verwaltung beginnt, dann sollte man mit dem Potsdamer Geist in der Regierung seiner Vaterstadt anfangen!

Wie für die Wettkongresse gewonnen wurde!

Die jetzt zusammengebrochenen Wettkongresse hätten wahrscheinlich nicht so viel Gläubige gefunden, wenn ihnen nicht allerlei Werber und Zutreiber geholfen hätten. Diese rührigen Mitarbeiter, die sich gewiß nicht um Gotteslohn abmühten, gingen manchmal mit einer verblüffenden Ungeniertheit zu Werke.

Uns wird ein Brief vom 4. August 1921 zur Verfügung gestellt, der als Werbung für die Wettfirma Arthur Müller u. Co. (Hsh. Carl Röh) hinausging. Auf eine Chiffre-Annonce in einem händlerischen Blatt, die unter dem Schloßwort „Wer will sein Geld in zwei Monaten um 50 Proz. erhöhen?“ eine lohnende Kapitalanlage in Aussicht stellte, meldete sich einer, und als Antwort kam dieser Brief. Er ist geschlossen und unterschrieben von einem „A. Bartel, Stadtschreiber“, der wohl die

Annonce nicht aus purem Idealismus bezahlt haben wird. Befragter Bartel preist die „strenge reelle Firma“, die „auf ehrliche gesunde Art und Weise das Geld des Publikums stillschweigend vermehren will“. „Ich selbst habe“, versichert er, „bis dato 15 000 M. beim und kann nur jedem raten, wer flüssiges Geld zu liegen hat, dieses Beispiel zu folgen“. Schließlich erbietet er sich: „Sollte es Ihre Zeit gestatten, mich während meiner amtlichen Dienststunden — werktäglich von 8 bis 2 Uhr, Sonnabends von 8 bis 1 Uhr — zu besuchen, so wäre mir dieses sehr lieb, eventuell bin ich auch bereit, zu Ihnen zu kommen.“ Der Briefschreiber hat einen Bogen mit dem eingedruckten Stempel „Magistrat zu Berlin“ benutzt, hat als seine Adresse durch einen der Unterzeichneten beigefügten Blauschmelz angegeben: „Stuerkaffe V.B. D.17, Hohenstraße 10“ und handschriftlich hinzugesetzt: „Telephon Magistrat Berlin 608“. Auf einem beigelegten Prospekt der Firma Arthur Müller u. Co. steht handschriftlich: „Vertreter A. Bartel“ und auch hier ist jener Blauschmelz seiner Stuerkaffe daruntergezeichnet.

Daß Herr Bartel seine Kundtschaft um Besuche in den amtlichen Dienststunden hat und sie auf die Benutzung des dienstlichen Telefons hinwirft, wollen wir hier besonders unterstreichen. Das „Lokal-Anzeiger“, dem ein gleicher Brief vorgelegt wurde, knüpfte daran eine Betrachtung mit der sensationellen Ueberschrift: „Ein Zutreiber im Magistrat“. Bei gedanklosen Lesern dieses deutschnationalen Blattes mußte das die Vorstellung werden, daß der Magistrat selber in seinen Reihen einen Zutreiber der Wettkongresse habe. Man sieht, daß der deutschnationalen Sippkassette kein Mittel zu schofel ist, dem ihr verhassten Magistrat etwas anzuhängen.

Die Polizeistunden in der Provinz Brandenburg.

Der Oberpräsident hat für den Umfang der Provinz Brandenburg gleichfalls neue Polizeistunden festgesetzt. Danach sind Vergnügungsorte, fogen Kummelplätze in der Zeit vom 1. Mai bis zum 15. September um 10 Uhr, in der Zeit vom 16. September bis zum 30. April um 8 Uhr abends zu schließen. Es bleibt den Ortspolizeibehörden überlassen, eine Verlängerung bis 10 1/2 Uhr abends eintreten zu lassen. Theatervorstellungen und alle Partibietungen, die bei gewerbmäßiger Veranstaltung einer Erlaubnis nach § 33a der Gewerbeordnung bedürfen, sowie alle Wirtshausführungen sind spätestens um 11 1/2 Uhr abends zu schließen. Gasse, Speise- und Schankwirtschaften sowie Kaffees sind spätestens um 12 Uhr und Sonnabends um 1 Uhr nachts zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in Orten über 10 000 Einwohner und in Bedeorten sind mit Zustimmung des Regierungspräsidenten berechtigt, bei nachgewiesenem dringenden Bedürfnis die Schlußstunde auch für die übrigen Tage bis 1 Uhr auszudehnen. Die Verordnung tritt mit dem 1. September 1921 in Kraft.

Aus dem Reich des Schöneberger Branddirektors.

Eine Zusammenfassung der Feuerwehren Groß-Berlins unter einheitlicher Leitung und Verwaltung ist bisher nicht erfolgt. Daher gibt es in den früher selbständigen Gemeinden um Berlin bei den einzelnen Feuerwehren noch allerlei kleine Machthaber. Zu ihnen gehört Branddirektor Floeter vor der Schöneberger Feuerwehr, mit dem der „Vorwärts“ sich schon öfter hat beschäftigen müssen.

Seit einiger Zeit schwebt ein Konflikt zwischen dem Branddirektor und einem Feuerwehrmann, der die Behandlung durch diesen Reich rasch erregten Vorgefällen als ungebührlich empfindet, aber mit seiner Beschwerde weder bei dem Besonderen des Schöneberger Feuerlöschwesens noch bei dem stark ins Schwarz-weiß-rote schillernden Bezirksamt Schöneberg irgendwelchen Erfolg gehabt hat. Es handelt sich um das an sich nicht weiterkühnere Vorkommnis, daß der Feuerwehrmann als Telegraphist die Frau eines anderen Feuerwehrmannes in dessen Wohnung den Raum der Telefonzentrale hatte betreten lassen, obwohl die Frau nicht dienstlich darin zu tun hatte. Der Branddirektor, der hinzukommend das Versehen bemerkte, kassierte den Telegraphisten in einem loseren Hofmännlich überlauten Ton zur Rede, so daß der Mann dieses Unschöners bis auf die Straße hinausdrang und Kaffanten stehen blieb. Die Beschwerdeführer, deren „Erledigung“ ohne Vernehmung von Zeugen des Beschwerdeführers erfolgte, ist inzwischen zur Kenntnis seiner Berufsorganisation gelangt.

Zwischen Branddirektor Floeter und diesem Feuerwehrmann besteht schon länger ein gespanntes Verhältnis, seit dem vorläufigen Jahr, wo der Feuerwehrmann in einer von anderer Seite ausgesprochenen Beschwerdefache gegen den Branddirektor als Zeuge aufzutreten mußte. Damals wurde dem Branddirektor u. a. vorgeworfen, daß er das Dienstaute zu privaten Fahrten benutzte. In unserer Verwunderung wird uns jetzt bekannt, daß diese Angelegenheit noch in neuerer Zeit sich wiederholt habe. Branddirektor Floeter habe im Dienstaute seinen Sohn vom Bahnhof abgeholt; auch habe er bei einer anderen Gelegenheit, mit seiner Familie von einer Reise zurückkehrend, das Gepäck in einem noch dem Bahnhof beorderten Dienstwagen nach Hause bringen lassen.

Auch der schon früher gegen ihn erhobene Vorwurf, daß bei ihm Ordnungen noch private Dienstleistungen ausführen, kehrt jetzt wieder. Vor der Revolution hatte der Feuerwehrmann als Ordnung eine Stellung, die manchmal berechtigten einen Offiziersbüchsen gab. Da wurde von dem Feuerwehrmann für die Familie des Vorgesetzten nicht nur der Hauswirtschaftsbedarf einkauft — nein, es soll in weiter zurückliegenden Jahren sogar vorzukommen sein, daß die Ordnungen half, die Mädchen waschen und die Nachtschicht auszurufen. Die Revolution machte diesen Zuständen ein Ende, wenistens auf dem Papier. Es über nur kurzem bei Branddirektor Floeter eine Hausanstellung erkrankte, wurde ein Teil ihrer Arbeit von einem einprisanenden Feuerwehrmann übernommen. Er wirtschaftete in der Wohnung des Herrn Branddirektors so eifrig, daß er einmal sogar — den Alarm verpaßte.

„Siebung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Die Errichtung eines Volkshomes im Verwaltungsbezirk Lichtenberg wird geplant. Das jetzt für Lichtenberg zuständige Volkshome befindet sich meißt in Neußölln. Für das neue Volkshome sind vom Bezirksamt Räume des Hauses Wilhelmstraße 9 zu Friedrichsstraße in Aussicht genommen. Anzuseht wird auch eine Straßenbahnlinie durch die Koeder-, Herzberg- und Siegfriedstraße nach Friedrichsstraße, Kirche. Das zukünftige Volkshome wäre dann vom Lichtberger Industriegebiet bequem zu erreichen.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgeg. nd. Etwas kühler, zeitweilige Beller, aber noch übermäßig, bei wühligen westlichen bis nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Aktion, Frauen! Demonstration!
Frauen, die nicht in den Betrieben arbeiten, werden besonders aufmerksam gemacht, sich reiflich an der Demonstration zu beteiligen.
Die Bestenstellungen der Frauen:
Koppe, Rynd, Scheidtmüller, Schol.
Schonung-gehaltene Band ist im Bestelldirektoriat Zimmer 11 zu haben.

2. Kreis. Regenten. Die für heute bei Erläuterung angelegte Kreisverhandlung findet um 9 Uhr bei Herrar, Regem, 608, Hohenstraße, statt. Um 8 Uhr abends erteilt Kreisverhandlung.

22. Kitzeln. Alle Genossinnen und Genossen, soweit sie nicht mit ihrem Betrieb beschäftigt sind, treffen sich am Mittwoch, den 11. August, bei Frau, Franzstraße 10, L. Reiner dort.

24. Kitzeln. Treffen. Die für Mittwoch angelegte Mitgliederversammlung findet der Demonstration wegen erst am Donnerstag in demselben Lokal statt.

Gewerkschaftsbewegung

Protest der Verwaltungsbeamten.

Der Reichsverband der Verwaltungsbeamten erhebt sich zum erstenmal gegen den Reichsverband der Gewerkschaften.

Trotz der Höhe der von der Reichsregierung angebotenen Mittel läßt die Art der gewählten Verteilung erkennen, daß nicht die Absicht, wirkliche Bittere Not zu lindern, ausschlaggebend gewesen ist, sondern der Entschluß, die alte überlebte unsoziale Abstandstheorie der maßgebenden Geheimräte unter allen Umständen wieder durchzusetzen. Ein Staat, der in der Lage ist, zur Beseitigung der Notlage der höheren Beamten mit 30 000 M. Jahresgehalt diesen Beträge von 4000 M. und mehr zu bewilligen, muß auch den direkt hungernden Beamten der unteren Befoldungsgruppen, die schon längst wieder wie früher Frauen und Kinder zum Mitverdienen heranziehen müssen, die Mittel geben können, die ein bescheidenes Existenzminimum darstellen. Diesen Grundgedanken hat die Regierung mit aller Entschiedenheit abgelehnt und damit bekundet, daß sie nicht unbestreitbar vorliegende Not beseitigen will, sondern daß es ihr offenbar wichtiger ist, das Prinzip des alten Obrigkeitstaats wieder aufzurichten, der die unteren Gruppen mit allen Mitteln und mit aller Macht vor allen Dingen auch wirtschaftlich niedergehalten hat.

Der Reichsverband der Verwaltungsbeamten fordert daher den Deutschen Beamtenbund auf, solange jeden Vorschlag der Regierung zurückzuweisen, solange nicht ein Mindestzuschlag für die Gruppen 1 bis 5 zugestanden ist. Jede Verhandlung mit den Vertretern des alten Systems wie Geheimrat Kühnemann und Geheimrat Erntropel müßte unter allen Umständen abgelehnt werden, da die unteren Befoldungsgruppen sich von diesen Herren nicht länger verhöhnen lassen wollen.

Massenentlassungen bei der Post.

Man schreibt uns: Die Postbehörde nimmt wieder umfangreiche Kündigungen vor. Es werden meist ältere Leute betroffen, die eigenen Hausstand haben und die ganze Kriegszeit über draußen waren. Nachdem diese Leute schon dadurch in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen schwer gelitten haben, sollen sie nun auf die Straße gesetzt werden. Als wir im Felde standen, wurde uns immer verflucht: „Ihr seid des Dantes des Vaterlandes gewiß!“ Sollen etwa diese sinnlos vorgenommenen Kündigungen bei der Post der Dank sein? Von einem Arbeitsmangel kann nicht die Rede sein. Vielmehr ist jetzt Hochkonjunktur bei der Post, so daß jedenfalls mit Ueberdruck gearbeitet wird. Die Arbeiterausschüsse stehen diesen Entlassungen machlos gegenüber, da alle Eingaben und Beschwerden gegen diese Härte nichts nützen.

Es gewinnt jedoch den Anschein, als ob die Post von dem Standpunkt ausgeht, daß kein Arbeiter berechtigt sei, im Postbetrieb beschäftigt zu werden, weil die jüngeren Kräfte bis zu 28 Jahren meistens zu Beamten gestempelt wurden und alle älteren Arbeiter als „zu alt“ und entbehrlich befunden werden. In Berlin werden auf diese Weise etwa 2000 Arbeiter der Arbeitslosigkeit preisgegeben. Das ist um so schlimmer, als es wieder dem Winter zugeht.

Es wäre nach allem zu wünschen, daß alle Arbeiterführer und unsere berufenen Vertreter im Parlament dahin wirken, daß die Reichspost ihre Massenentlassungen schleunigst zurücknimmt.

Stand der Erwerbslosigkeit.

Im Juli ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich weiter gesunken, nämlich von 815 458 am 1. Juli auf 269 424 am 1. August. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug rund 206 000 (gegenüber 244 000), die der weiblichen 63 000 (gegenüber 71 000). Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Erwerbsloser, stellt sich auf rund 300 000. Das Zahlenbild kommt damit demjenigen vom Juni 1920 wieder sehr nahe. Im Vergleich mit dem ungünstigsten Monat dieses Jahres, dem März, ergibt sich eine Verminderung um rund 143 000 Erwerbslose und 168 000 Zuschlagsempfänger. Die Besserung ist insbesondere auf den Bedarf der Landwirtschaft zurückzuführen, der aber in einzelnen Gegenden bereits wieder abflaut, ferner auf die Entwicklung des Baumarktes, der allerdings der Mangel an gekerbten Bauarbeitern Grenzen zieht, sowie auf die fortschreitende Beseitigung einer Reihe von Industriezweigen, so des Textil- und Bekleidungs-gewerbes, der Holzindustrie, der Metallindustrie, der Industrie der Steine und Erden usw. Sonach steht die Besserung des Arbeitsmarktes auf einigemmaßen *schwach* zu stehen, da mit dem Beginn des Herbstes Landwirtschaft und Bauwesen Arbeitskräfte wieder abgeben werden und der lebhaftere Geschäftsgang in der Industrie unverkennbar mit der Abwärtsbewegung der Valuta zusammenhängt. Auch muß bei der Bewertung des ganzen Zahlenbildes immer wieder daran erinnert werden, daß eine sehr große Zahl von Arbeitslosen in den Notstandsarbeiten der Produktion Erwerbslosenfürsorge, also außerhalb der normalen Wirtschaft, beschäftigt ist, daß die beträchtliche Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden, in den genannten Zahlen nicht berücksichtigt ist, und daß die deutsche Erwerbslosenstatistik vorläufig überhaupt nur die unterstützten Erwerbslosen erfasst, nicht aber diejenigen Erwerbslosen, die aus irgendwelchen Gründen Unterstützung nicht erhalten.

Zum Streik im Nahrungsmittel-Großhandel.

Der Schlichtungsausschuss machte am 24. August den Einigungs-vorschlag, ab 1. August bis 31. Oktober folgende Löhne zu zahlen: für Futcher 300 M., Lagerarbeiter 295 M. und für Arbeiterinnen 195 M. Die Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen am 26. August lehnte diesen Einigungsvorschlag mit allen gegen zwei Stimmen ab, weil er den bestehenden Anforderungen des täglichen Lebens nicht entspreche und bei der fortschreitenden Teuerung es unmöglich sei, eine Familie zu ernähren. Die Versammlung beauf-

tragte die Organisation, nochmals Verhandlungen anzubahnen. Diese wandte sich durch Vermittlung des Herrn Polizeipräsidenten an die Arbeitgeber. Die Arbeitgeber erklärten sich zu Verhandlungen bereit, bemerkten aber auch gleichzeitig, irgendwelche weitere Zugeständnisse nicht zu machen, womit Verhandlungen zwecklos erschienen.

Mit diesem Stand der Angelegenheit befahte sich eine sehr gut-befugte Versammlung am Montag in Boekers Festsaal. Der Referent, Hermann Schulz, betonte, daß die Arbeitnehmer den Willen zu friedlicher Verständigung durchaus befundet haben und jetzt nach Erschöpfung aller Möglichkeiten hierzu den letzten Schritt tun, zum Kampf schreiten müssen. In der beabsichtigten Verhandlung hätten die Arbeitgeber nur darlegen wollen, weshalb sie über die Höhe des Schiedspruchs nicht hinausgehen wollten. Eine solche Hinaus-schiebung der Sache habe jedoch keinen Zweck. Es sei unmöglich, wenn die Arbeitgeber in einem Flugblatt die Sache nun so dar-stellen, als seien die Arbeiter daran schuld, daß es zum Kampf komme. In der Aussprache traten alle Redner für den Streik ein, der denn auch gegen wenige Stimmen beschlossen wurde, in der Form, wie wir auf der dritten Seite des Hauptblattes der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ bereits berichteten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Infolge der Demonstration werden die Bureaus morgen nach-mittag um 2 Uhr geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Kaufmännische und Bureau-Angestellte demonstrieren!

Unsere Mitglieder in den Betriebsvertretungen fordern wir hierdurch auf, sofort mit den Arbeitgebern in Ver-bindung zu treten, damit die Betriebe am Mittwoch so rechtzeitig geschlossen werden, daß die Teilnahme der gesamten Betriebsbeleg-schaften an der Demonstration im Lustgarten um 4 1/2 Uhr nachmittags gewährleistet ist.

Wir sind überzeugt, daß alle Arbeitgeber, die auf dem Boden der deutschen Republik stehen, diese Forderung weitestgehend unter-stützen werden. Arbeitgeber, welche sich weigern, dem Ersuchen der Betriebsvertretungen nachzukommen, sind der Organisation um-gehend zu melden. Von diesen Arbeitgebern muß angenommen werden, daß sie mit den Bestrebungen der Reaktion sympathisieren. Die arbeitende Bevölkerung wird aus der Bekanntheit dieser Firmen die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen haben.

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Groß-Berlin.

„Ein kommunistischer Erfolg.“

Zu der unter dieser Überschrift in Nr. 402 des „Vorwärts“ ver-öffentlichten Mitteilung erhalten wir vom Betriebsrat der Schwarzkopffischen Betriebe eine berichtigende Erklärung:

Der Betriebsrat und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind nach Stellungnahme zu den vom Metallkartell vorgeschlagenen neuen Lohnregelungen zur einmütigen Ablehnung gekommen. Wenn einleitend von Brauourfälschungen geschrieben wird, so können diese nur darin bestehen, daß die Belegschaft der Firma Schwarzkopff, Scheringstraße, in allen Situationen wie auch bei dieser Abstimmung ohne Rücksicht auf parteipolitische Orientierung einheitlich handelt.

Die „terroristischen“ Einzelfälle bestehen in der Auslastung über die Auslegung der neuen Vereinbarung, welche die Funktionäre den Kollegen gegeben hatten.

Disziplinlosigkeit ist es sicher nicht, wenn Betriebsrat und Ver-trauensleute zur Ablehnung der Vorschläge des Metallkartells kommen und der Belegschaft Ablehnung derselben empfehlen.

Die Siegesfreude der Belegschaft bestand darin, daß der Be-triebsrat der Belegschaft ein Abstimmungsresultat mitteilen konnte, welches zum Ausbruch bringt, daß der weitest große Teil bereit ist, für seine Existenz in den Kampf zu treten und nicht, wie Ein-sender des Artikels, öffentlich in der Presse den Standpunkt der Unternehmer unterstützt.

Die Leitung der Abstimmung lag in den Händen des gesamten Arbeiterrates und muß Einsender schon den persönlichen Mut auf-bringen, Unregelmäßigkeiten zu beweisen.

Gewerkschaftskommission Schöneberg.

Nachdem verschiedene Mängel betrefis der Gewerkschaftswahlen erörtert wurden, teilte Genosse Henkel mit, daß auch in bezug auf die Krankentassen-wahlen die Arbeiter aufgenommen werden müssen. Es hatte sich in der Versammlung eine Zwischenfrage einbringen, in welchem Friedenau eine Rolle spielte; er sei jedoch zugunsten der bis jetzt geführten Verhandlungen ausgefallen. Vorwärts gegen die Schöne-berger Kasse wurden von anwesenden Vorstandsmitgliedern als un-zutreffend zurückgewiesen. Genosse Schimanski empfiehlt, derartige Fragen nicht immer vom politischen Standpunkt aus zu betrachten, sondern von dem einer Einigung. Redner zitiert ferner die be-notigenden Statistiken und stellt fest, daß gerade jetzt alle Kräfte angespannt werden müßten. Um den von reaktionärer Seite juristisch ausgeklügelten Handreich gegen den Berliner Magistrat abzuwehren zu können, empfiehlt er die Auf-stellung von Einheitslisten. In der weiteren Diskussion, in welcher die wirtschaftliche Lage, besonders die bevorstehende Teuerung ge-streift wurde, gelangte eine Resolution zugunsten der 10 Punkte des ADGB, einstimmig zur Annahme.

Die Wagnert-, Blei- und Drahtkabel-, sowie Papierrohrarbeiter und -arbeiterinnen hielten am Sonntag in den Sophienböden eine Brancherversammlung ab. Als Hauptpunkt stand auf der Tages-ordnung: „Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen.“ Nach einem Bericht über den Gang der Verhandlungen mit den Metallindustriellen, deren Ergebnis durch die Abstimmung der Ar-beiter und Arbeiterinnen verworfen worden ist, führte der Referent Schoob weiter aus: Infolge der Ablehnung des Verhandlungs-ergebnisses kam es zu neuen Verhandlungen, die am Sonnabend stattfanden. Leider könne er das Resultat noch nicht mitteilen, da es noch nicht ganz verlegt. Es werde aber schnellstens bekannt-gegeben werden und schon in den nächsten Tagen dürfte die Ab-stimmung darüber erfolgen. Werden die neuen Vorschläge ange-nommen, würden die Kollegen und Kolleginnen ab 1. September in den Genuß der Aufbesserungen kommen. Sie müßten sich bei der

Abstimmung vor Augen halten, daß diesmal durch eine Ablehnung der neuen Zugeständnisse zugleich über die Frage des Streiks abge-stimmt werde. Es müsse jedem Kollegen klar sein, daß er sich dies-mal mit der Ablehnung dafür ausspreche, den Kampf aufzunehmen.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde der Ernst der Situation non verschiedenen Gesichtspunkten aus besprochen. Eine Entschlie-ßung wurde nicht gefaßt.

Der Branchenleiter gab dann den Geschäftsbericht. Es ist ge-lungen, in verschiedenen Betrieben Verbesserungen zu erzielen.

Der Graphische Hilfsarbeiterverband befahte sich in seiner Mit-gliederversammlung am letzten Freitag im Gewerkschaftshaus zu-nächst mit dem Ausschluß des Kollegen Krummrei. Es wurde be-schlossen, den Hauptvorstand aufzufordern, den Ausschluß zu in-hibieren und R. in der Zahlstelle Berlin als Einzelmitglied zu führen.

Das von einer Vertrauenspersonensitzung vorgelegte und fast einstimmig angenommene Disstatut wurde ebenfalls sanktio-niert, nur mit der Aenderung des § 6, der in neuer Fassung vor-sieht, daß Anträge auf Neuwahl der Angestellten eine Woche vor der entsprechenden Versammlung bekanntgemacht werden müssen und zur Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Es er-folgt noch Mitteilungen über die von der Ortsverwaltung ein-geleiteten Schritte über einen Ausgleich in der Wirtschaftsbeihilfe für die Monate August und September.

Im Kohlenrevier Ostrau-Karwin in der Tschechoslowakei kämpfen die Arbeiter gegen Lohnreduzierung, bei der von einer Kohlenpreis-herabsetzung keine Rede ist. Das Ostrauer Kommunistenblatt fordert das herangezogene Militär auf, sich nicht gegen die Arbeiter und zum Streikbruch gebrauchen zu lassen.

Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten. Mittwoch: Gruppe Südwest im Ortsbureau Belle-Alliance-Str. 7/10, abends 7 Uhr. „Der Bauern-rieg“. — Donnerstag: Gruppe Nordost, Schute Papststr. 44/46, abends 7 Uhr, Eingabend.

Wirtschaft

Die Weltproduktion an Kohle.

Im Jahre 1920 wurden laut „Bergwerkszeitung“ insgesamt 1300 Millionen Tonnen Kohle gegen 1158 in 1919 aus-gegeben. Nach dem Londoner „Economist“ betrug die Ausbeute in den letzten Jahren in Mill. Tonnen:

1910	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
1160	1242	1205	1196	1296	1345	1381	1158	1300

Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion, der vor dem Kriege 88—89 Proz. betrug, stieg 1920 wieder auf 45 Proz. Die Weltproduktion verteilt sich auf die ver-schiedenen Erdteile folgendermaßen:

	1913 (Mill. t)	1920 (Mill. t)	Wehr + Beniger —
Nordamerika	581,6	601,8	+ 20,2
Südamerika	1,6	1,7	+ 0,1
Europa	780,0	597,5	- 182,5
Asien	55,8	75,8	+ 20,0
Afrika	8,3	11,8	+ 3,5
Ozeanien	15,0	11,9	- 3,1
Weltproduktion	1842,3	1800,0	- 42,3

In der Kohlausbeute Europas steht Großbritannien mit einer Produktion von 232 975 000 Tonnen an der Spitze. Es folgen Deutschland mit 140 757 433 Tonnen Steinkohle, 11 634 000 Tonnen Braunkohle; Frankreich mit 24 800 000 Tonnen Steinkohle, 1 000 000 Tonnen Braunkohle; Belgien mit 22 413 595 Tonnen Steinkohle; Tschechoslowakei mit 11 130 800 Tonnen Steinkohle, 10 695 500 Tonnen Braunkohle. Fast alle europäischen Länder weisen einen Rückgang in der Ausbeute auf. Diejenige Frankreichs ist 1920 gegenüber 1918 um 46 Proz. zurückgegangen. Inzwischen hat aber der Wiederaufbau der nordfranzösischen Kohlenbergwerke erhebliche Fortschritte gemacht. Deutschland weist in der Ausbeute von Steinkohle einen Rückgang, in Braunkohle dagegen eine Mehrproduktion auf.

Ein Getreideausfuhrmonopol in Rumänien.

Der rumänische Ministerrat beschloß, daß in Zukunft der Staat das ausschließ-liche Recht der Ausfuhr von Weizen und Roggen haben soll. Die Ausfuhr der übrigen Getreidearten wird freigegeben unter der Bedingung, daß jeder Exporteur dem Staat die gleiche Menge, die er ausführt, zum Höchstpreis zur Verfügung stellt. Die Ausfuhrzölle auf Getreide werden aufgehoben. — Rumäniens Ge-treideausfuhr hat im letzten Jahre bedeutend zugenommen. Sie betrug im Jahre 1921 bis jetzt 745 665 Tonnen gegenüber 26 637 Tonnen im Jahre 1920.

Aus aller Welt.

Frauenmord in Altona.

Hamburg, 29. August. (W.F.B.) Die Ermittlungen der Staats-anwaltschaft Altona bezüglich eines Leichensfundes in Riensteden haben folgendes Ergebnis: Am morgen des 26. August wurde am Elbstrand in Riensteden bei Hamburg-Altona der Rumpf einer offenbar vor ganz kurzer Zeit getöteten Frau gefunden, an dem sich noch die Arme und Hände befanden. Die fehlenden Teile sind von sachkundiger Hand mittels eines scharfen Instrumentes vom Körper getrennt. Die Leiche befand sich in einem Wäschefad aus braunem Segeltuch, der an der Oberseite mittels eines Vorhängegeschlosses ver-schlossen war. Der Tod der Frau ist durch zwei tiefe Stiche ins Herz herbeigeführt worden. Die Getötete wurde als die Ehefrau Klara Bründt aus Hamburg erkannt. Als Täter wurde der pro-fanische Arzt Dr. Karl Fink in Hamburg, geboren am 15. De-zember 1889 in Rogold in Württemberg, ermittelt, der mit der Ge-töteten im Verkehr gestanden hatte und seit dem Abend des 27. August mit feinem Motorrad verschwunden ist.

Verantwortlich für den Inhalt: Emil Bittes Schiff, Berlin; für Anzeigen: Dr. Giese, Berlin. Verleger: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 3.

Kreuz-, Silber-, Zobelfüchse
von 175 Mark an
Pelzhaus Jägermann
Oranienstraße, Ecke Prinzessinnen-
straße 14, am Moritzplatz.

Damenhuthaus
114 Brunnenstr. 114
Extra-Angebot
Echte Velourhüte nur 125 M.
Joseph Cohn & Co.

Soeben erschienen
Stinnes 50. bis 60. Tausend
und seine 600000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Bet-teiligungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 65, Lindenstraße 2

Kapitän-Kaufabst
einmal geprobt — immer gelobt.
Feinster Geschmack; fest frisch. Zu kaufen in den Zigarettengeschäften u. in den Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb: Röder, Berlin, Clichterberger Str. 22 (Rgl. 3861).

GOLD- Silber-Platin-Bruch
kaut
Gotzkowskystraße 13

Abschriften Adressen, Diktate, Vervielfältigungen übernimmt Adler, Frobenstr. 21, Nollend. 1640.

Metallbetten
Eisenmetrager, Rindereiten bis an Exporte. Real. 30A frei Eisenmehlfabrik Südt. (Zür.)

Alte Hüte
Unpreisen und Modernisieren von Damen- und Herrenhüten. Sozial u. billige Umföhrung.
Herm. Fuchs
Berlin O 112, Jeanfuerter Wde 297.

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-feder, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 31
Ecke Mahlower Str.
Fabrik f. Ruhebetten, Auflege-matratzen u. Feldbettstellen.

Nutzeisen
Stabstaben, Bloche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzon usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Erzobor“. Tel. Lichtenb. 846/847